Legislatur-Bericht.

Freitag den 10. Dez.

Landwirtschafts-Minister Motherwell brachte eine Resolution ein zwecks Regierungsbewilligungen an landwirtschaftliche Gesellschaften. Die Resolution, die angenommen wurde, sieht kurz zusammengefaßt folgende Unterstützungen resp. Bewilligungen vor:

1. Jede Gesellschaft, die 150 gutstehende Mitglieder hat, bekommt 50 Cents für jedes Mitglied bis zu 200 Mitgliedern.

2. Jede Gesellschaft erhält für zwei Versammlungen, die sie im abgelaufenen Jahre gemäß den Bestimmungen des Gesetzes abhielt, 10 Dollars für jede solche Versammlung.

3. Jede Gesellschaft, die im Jahre 1909 co-operative Vorführungen betreffs Saatwachstums gemäß den Bestimmungen des Departements abhielt, 5 Dollars für solche Vorführungen. Es werden für höchstens 10 solcher Veranstaltungen gezahlt.

4. Jede Gesellschaft, die im vorhergehenden Jahr einen Kontest im Pflügen, oder eine gute Kompetition in stehenden Saatgetreidefeldern hielt, wo Preise von mindestens 50 Dollars Höhe offeriert wurden, bekommt einen Betrag von zwei Drittel der Preise bis zu 65 Dollars.

5. Jede Gesellschaft, die im verflossenen Jahr einen Vieh-Beurteilungs-Kontest hielt, bekommt zwei Drittel des Betrags der Preise bis zu 15 Dollars.

6. Jede Gesellschaft, die eine Frühjahrs-Hengst-Ausstellung abhielt, bekommt zwei Drittel des für Preise ausgegebenen Betrages zurück bis zu 135 Dollars.

7. Jede Gesellschaft, die eine Saatgetreide- und Geflügel-Ausstellung im abgelaufenen Jahre gehalten und mindestens 50 Dollars in Preisen ausgegeben hat, bekommt zwei Drittel der für Preise ausgegebenen Gelder bis zu 50 Dollars.

8. Jede Gesellschaft, die im verflossenen Jahr eine Ausstellung hielt, wo mindestens 600 Dollars in Preisen ausgegeben wurde, bekommt einen Betrag von zwei Drittel der in Preisen verausgabten Gelder.

Diese Regierungs-Zuschüsse werden nur unter den folgenden Bedingungen gegeben:

Keiner landwirtschaftlichen Gesellschaft darf mehr als $1000 in Zuschüssen gegeben werden;

Nach dem 15. Nov. 1910 soll der Betrag, der an jede Gesellschaft, die 5 Jahre bestanden hat, pro Jahr gezahlt wird, nicht höher sein als 75 Prozent des Durchschnittsbetrags, welchen die Gesellschaft vorher erhielt;

Zuschüsse auf der Basis der Mitgliedschaft werden nur dann gezahlt, wenn mindestens 150 gutstehende Mitglieder vorhanden sind, die Mitglied in keiner anderen landwirtschaftlichen Gesellschaft sind;

Für Versammlungen sollen nur dann Zuschüsse gezahlt werden, wenn sie in Uebereinstimmung mit den Verordnungen und Bestimmungen abgehalten werden, die für den Zweck gemacht worden sind;

Alle Berichte, die der Minister in Verbindung mit der Arbeit einer landwirtschaftlichen Gesellschaft verlangt und benötigt, müssen zeitig genug bei dem Departement einlaufen, um sich Regierungs-Zuschüsse zu sichern;

Eine inkorporierte Gesellschaft, die einem Aktieninhaber mehr als eine Stimme gewährt, oder Stimmabgabe durch Stellvertreter erlaubt, bekommt keine Zuschüsse für eine abgehaltene Ausstellung;

Auch sollen einer landwirtschaftlichen oder Ausstellungs-Gesellschaft keine Zuschüsse von seiten der Regierung gemacht werden, wenn von dem mit der Inspektion beauftragten Regierungsbeamten berichtet wird, daß auf dem Ausstellungsplatz Glücksspiele u. s. w. geduldet wurden oder daß obscöne oder unmoralische Sachen zur Schau gestellt wurden.

Der Beamte, der die Ausstellungen u. dergl. zu besuchen und an dies Departement zu berichten hat, ist der sog. Direktor der landwirtschaftlichen Arbeiten.

Der Minister sagte im Laufe seiner Erklärungen zu der Resolution, daß dieser Direktor ein Beamter der Landwirtschaftlichen Hochschule sei und man die Landwirtschaftlichen Gesellschaften auf diese Weise unter die Auspizien der Landwirtschaftl. Hochschule stellen wolle, was den Gesellschaften gewiß von Nutzen sein werde.

Man wolle im Allgemeinen das Wirkungsfeld der landwirtschaftl. Gesellschaften erweitern und versuchen, die Bildung größerer Gesellschaften zu ermutigen. Solche landwirtschaftl. Vereinigungen, die länger als fünf Jahre bestanden hätten, würden weniger Zuschüsse bekommen, als sie vorher erhalten hätten. Sonst blieben die Zuschüsse ungefähr dieselben.

Dr. Elliott, konj., opponierte gegen jede Herabsetzung der Bewilligungen und sagte, es scheine ihm, daß man in jedem Departement der Regierung jetzt versuche, Ersparnisse am unrechten Ort zu machen. Letztes Jahr habe man die Zuschüsse schon beschnitten und dieses Jahr fahre man damit fort. Er möchte wissen, wozu das führen sollte.

Er brachte dann den Antrag ein, daß das Haus gegen jede Herabsetzung der Bewilligungen an landwirtschaftliche Gesellschaften sei. Der Antrag fiel durch, 22 stimmten dagegen, 12 dafür.

Montag den 13. Dez.

Farmer und Maschinen-Gesellschaften.

General-Anwalt A. Turgeon führte bei der zweiten Lesung der Vorlage zur Amendierung des Land Titles Gesetzes ungefähr Folgendes aus. Der „Inspektor der Land Titles Offices" werde in Zukunft den Titel „Master of Titles" führen und er werde gewisse Pflichten zu erfüllen haben, die sonst dem Richter des Ober-Gerichts zufielen. Der wichtigste Teil der Vorlage aber sei der, daß es in Zukunft, d. h. nach dem 1. März 1910, nicht mehr erlaubt sein solle, ein „Caveat" d. h. juristischen Einspruch gegen den Titel eines Stück Landes zu registrieren. Er erklärte diese Klausel des nähern wie folgt:

Seit einiger Zeit sei seine Aufmerksamkeit darauf gelenkt worden, daß Leute, die den Farmern Gitter, namentlich Maschinerien verkauften, eine sogenannte „Lien" auf das Land nähmen. Viele Leute kauften Maschinen und unterzeichneten einen Kontrakt, der ganz andere Bestimmungen enthielte, wie die Käufer glaubten resp. achten. Die Bestimmung auf dem Kontraktformular erscheine in feinem Druck und werde wohl meistens garnicht gelesen. Wenn das auch geschehe, so verstanden die meisten garnicht, was es bedeute. Die Bestimmung gehe darauf hinaus, daß, wenn gewisse Securitäten unsicher würden, eine sog. „Lien" gegen das Land des Käufers entstehe. Es käme öfters vor, daß die Securitäten unsicher würden, worauf dann die Käufer eine Hypothek auf ihre Farm geben müßten. Könnte oder wolle der Käufer der Maschinen nicht zahlen, so käme es zum Prozeß. Die Gerichte aber könnten, wenn besagtes Kontraktformular unterschrieben worden sei, nichts anderes tun, als die Hypothek (Mortgage) auszufertigen. Die Maschinengesellschaften registrierten dann ein „Caveat" gegen das Land in der Land Titles Office und verhinderten so den Verkauf des Landes. Es könnte unter den bestehenden Gesetzen nichts getan werden, hier Abhilfe zu schaffen. Die eingebrachte Bill aber wolle gründlich Abhilfe schaffen, indem sie das Abschließen solcher Kontrakte für null und nichtig erkläre. Sollte es doch passieren und ein „Caveat" eingetragen werden, so sei dieselbe ebenso ungiltig. Die Vorlage wolle die Farmer schützen und er glaube, jedes Mitglied des Hauses solle sie unterstützen.

Verschiedene Redner von seiten der Opposition, unter diesen Gillis, erklärten sich für die Vorlage.

T. H. Garry, lib. (Yorkton), sagte, es sei sehr zu begrüßen, daß der General-Anwalt diese Vorlage eingebracht habe, die mit einer Sache aufräumen werde, die im allgemeinen sehr schädlich für die Farmer sei.

Geo. Langley, lib. (Redberry) sagte, die Bestimmungen der Vorlage seien sehr notwendig. Er führte einen Fall an, wo ein Farmer eine halbe Section Land verlor, seine Mutter sowie sein Bruder verloren jeder eine Viertel Section einzig und allein durch einen Kauf-Vertrakt, der einem Maschinenhändler gegeben wurde und dessen Bestimmungen diese Personen garnicht verstanden. Auch die Maschine sei ihnen weggenommen worden sowie auch die Arbeitsleute, die sie mit der Maschine gemacht hätten. Solche Zustände seien schreiend und es sei wirklich die höchste Zeit, daß hier Abhilfe geschaffen werde.

F. W. G. Haultain, der Oppositionsführer, sagte, er unterstütze die Vorlage von ganzem Herzen, weil sie die Farmer daran hindere, einen Kontrakt einzugehen, den sie nicht verstehen und der überhaupt nicht eingegangen werden solle und dürfe, auch wenn der Käufer die Kontraktbestimmungen voll verstehe. Es sei durchaus wünschenswert, daß die Titel zu Ländereien mit solchen Schulden beschwert werden können. Er wolle einen Fall anführen, wo ein Maschinenagent selbst nicht imstande gewesen wäre, die kein gedruckten Bestimmungen des Kontraktes zu erklären. Und diese Bestimmungen fänden sich auf allen Maschinen-Kaufkontrakten. Er sei voll und ganz für die Annahme der vom General-Anwalt vorgeschlagenen und erklärten Vorlage.

Die Public Works Vorlage des Premierministers erhielt ihre zweite Lesung.

Ein Flaggen-Zwischenfall.

Bei der Komite-Beratung über die Vorlage betreffs Regierungs-Bewilligungen ereignete sich ein kleiner Flaggen-Zwischenfall. Der Abgeordnete von Regina County, F. C. Tate, brachte die Sache vor und legte sich gewaltig ins Zeug. Er fragte den Minister des Erziehungswesens Herrn J. A. Calder, ob sein Departement die folgende Sache erfahren habe und was er zu tun gedenke. Eine Lehrerin, so erzählte der werte Abgeordnete, hätte diesen Distrikt kürzlich verlassen, um eine Schule an der C. N. R. Nordlinie zu übernehmen. Nach ihrer Ankunft hing sie einige englische Flaggen in einigen der Klassenzimmer auf. Eine große Anzahl der Bewohner jenes Distrikts seien keine geborenen Briten und wären der Meinung gewesen, die Lehrerin hätte kein Recht, die Flaggen in der Schule aufzuhängen. Sie kamen zur Schule und verlangten, man solle die Flaggen herunternehmen. Als die Lehrerin sich weigerte, das zu tun, zwangen die Leute sie, die Flaggen herunterzunehmen.

Calder antwortete, das Departement wisse nichts von dem Vorkommnis.

Tate: Es ereignete sich in dieser Provinz.

Langley: Rissen die Leute selbst die Flaggen herunter?

Tate: Ich kann nicht alle Einzelheiten angeben, da ich noch nicht mit der Lehrerin gesprochen habe. Die Leute kamen zu der Lehrerin und verlangten, sie solle die Flaggen herunternehmen. Sie weigerte sich, das zu tun. Trotzdem nahm man die Flaggen herunter.

Langley: O, das wird wohl nur ein Gerücht sein.

Tate: Es ist etwas mehr als ein Gerücht und eine sehr ernste Sache. Die Flagge ist die eine Sache, die ein Brite liebt. Wir leben unter dem Union Jack und wollen nicht dulden, daß sich so was wieder ereignet. Die junge Lehrerin war mutig und loyal und ich will mich noch über die näheren Einzelheiten vergewissern.

Langley: Herr Tate sollte uns wenigstens den Namen des Ortes, wo sich das Vorkommnis ereignete, angeben.

Tate: Ich kann den Namen des Ortes nicht angeben. Ich werde es tun, sobald ich nähere Einzelheiten erfahren habe.

Langley: Ich denke, es wird sich alles in Wohlgefallen auflösen.

Tate: Sie werden alles erfahren, wenn ich nähere Einzelheiten weiß.

Damit war der Zwischenfall zu Ende. Herr Tate hatte sein patriotisches Herz etwas erleichtert. Hoffentlich bringt er nähere Einzelheiten, denn es wäre sehr nett, zu wissen, ob es sich um Ansiedler von Europa oder von Amerika handelt. Vor allem wäre es natürlich sehr erwünscht, zu erfahren, ob die Sache sich wirklich so zugetragen hat, oder ob alles nur ein dummes Gerücht ist.

* * *

Dienstag den 14. Dez.

Dr. Elliott (konj.) brachte einen Antrag ein, daß die Dominion-Regierung ersucht werden solle, der Universität von Saskatchewan ein großes Stück Land zu bewilligen. Ohne eine solche Landbewilligung, meinte der Antragsteller, werde diese wichtige Staatsinstitution nicht vorwärts kommen können. Auf Antrag Calders wurde die Debatte über diese Frage verschoben.

A. E. Whitmore wollte wissen, welche Ausgaben die Regierung in Verbindung mit den Kuratoren (Board of Governors) der Universität gehabt habe, worauf Hon. J. A. Calder antwortete, daß es der Regierung nichts gekostet habe. Die Kuratoren hätten alles aus dem ihnen zur Verfügung gestellten allgemeinen Universitäts-Fonds bezahlt.

Nochmals die Elevatorfrage.

D. J. Stewart, Cannington (lib.), legte folgenden Bericht des landwirtschaftl. Komites vor:

„Ihr Komite hat die Vorstellungen von seiten der Saskatchewan Getreidebauer-Vereinigung betreffs der Elevatorfrage entgegengenommen;

Und da wir der Ueberzeugung sind, daß die bestehenden Zustände ein Vorgehen von seiten der Regierung rechtfertigt;

So empfehlen wir dem Hause, daß die Regierung eine Kommission ernenne, die eine eingehende Untersuchung der Elevatorfrage vornehmen soll, um eventuell ein Elevatorsystem zu schaffen, das mit den schlechten Zuständen aufräumen soll. Diese Kommission soll ihre Arbeiten beschleunigen, so daß trotz genug Schritte getan werden können, daß schon die Klagen in der nächsten Saison aufhören werden."

Geo. Langley, Redberry (lib.), stellte folgenden Antrag: „Da das Haus der Ueberzeugung ist, daß unter den gegenwärtigen Umständen das Inland- und End-Elevatorsystem zum Nachteil der Getreidebauer Saskatchewans arbeitet;

Sei es beschlossen, daß die canadische Regierung die End-Elevatoren in Besitz nehmen und verwalten sollte." Er führte aus, daß seit den letzten 4 bis 5 Jahren die Farmer sich organisiert hätten, indem sie die Grain Growers Association gebildet hätten. Bei der Gründung sei der jetzige Landwirtschaftsminister Motherwell der Vorsitzende gewesen. Die Ursachen der Bildung der Association seien dem ganzen Hause wohlbekannt und er brauche wohl nicht darauf zurückzukommen. Saskatchewan und überhaupt der ganze Westen produziere viel Getreide, das nicht in Canada verkauft werden könne, sondern in Großbritannien verkauft werden müsse. Von dem in Liverpool gezahlten Marktpreis müßten die Transportkosten für 5000 Meilen natürlich abgerechnet werden. Was die Getreidebauer nun verlangten, sei, daß der ganze Verkauf und Transport in ehrlicher offener Weise gehandhabt werde. Es dürfe nicht vorkommen, daß gutes Getreide mit schlechtem vermischt werde und so der Getreidebauer beschwindelt werde. Was die End-Elevatoren anbetreffe, so wisse wohl jeder, daß er damit die großen Elevatoren in Fort William und Port Arthur meine, wo das Getreide aufgestapelt werde, nachdem es mit der Bahn dorthin gebracht worden sei. Diese Elevatoren sollten in Besitz der Dominion-Regierung sein. Herr Geo. Langley ging dann des näheren auf die von den Getreidehändlern angewandten Methoden ein und zeigte, welche ungehörig hohe Profite diese oft machten. Es käme nicht selten vor, daß man dem Farmer für seinen Weizen den Preis für No. 3 Northern zahle, während der Weizen No. 2 sei. Das werde oft gemacht und die Profite seien natürlich übermäßig hoch. Ehe das Getreide nach den End-Elevatoren von Winnipeg verschickt werde, werde es vom Inspektor in Winnipeg gradiert und die Farmer verlangten, daß es denselben Grad behalten müsse, bis es in Liverpool auf den Markt käme. Die Händler verkauften den Weizen aber in Liverpool nach Proben und erhielten durchschnittlich auf diese Weise von 1 bis 2 Cents pro Bushel mehr als ihnen zukomme. Der Farmer bekomme nur den Preis nach der Klassifizierung des Weizens. Wenn der ungesetzliche Profit 1 Cent sei, so mache das auf eine Million Bushel 10,000 Dollars, auf zehn Millionen volle 40,000 Dollars. Dieses Geld steckten die Elevatorleute ein, obgleich es eigentlich dem Farmer gehöre. Auch in anderer Weise zeigte Redner, welche Profite, die ungesetzmäßig genannt werden müssen, von den Elevatorbesitzern gemacht werden. Es sei die höchste Zeit, daß die Regierung Canadas diese Elevatoren übernehme, als sie Privatkorporationen für Privatgewinn und Beschwindelung der Farmer zu lassen.

Regierung für die Resolution.

Hon. W. R. Motherwell, der Landwirtschaftsminister, sagte, er habe den Ausführungen Langleys mit großer Freude gelauscht. Als das Getreide-Gesetz im Jahre 1900 in Kraft getreten sei, habe man allgemein gemeint, jetzt würden die Klagen der Farmer verstummen. Für eine Zeitlang sei das auch wohl der Fall gewesen. Seit einigen Jahren aber seien wieder Klagen laut geworden. Wenn die Farmer Getreide nach den Elevatoren schickten, gäben sie oft die Ordre, das Getreide aufzustapeln, um bessere Preise zu erzielen. Die Elevatorleute aber kehrten sich nicht daran und schickten lustig drauf los, wenn auch der Markt überflutet würde. Er könne Herrn Langley aber lange nicht in allem zustimmen. Namentlich sei das in Fort William angewandte Verfahren zum Putzen des Getreides sehr gut. Er müsse sich aber im allgemeinen zugunsten der Resolution aussprechen.

Diese wurde dann ohne weitere Debatte angenommen und ein weiterer Antrag dazu, daß dem Lieutnant-Gouverneur eine Adresse überreicht werden soll, die Resolution durch den Staatssekretär dem General-Gouverneur zu übermitteln.

Minister Motherwell brachte ein Amendement zum Jagdgesetz ein, das die Schonzeit für Prairiehühner von 2½ auf einen Monat herabsetzt.

Elevator-Kommission.

Der Abgeordnete von Cannington, Stewart, sagte betreffs der Resolution zwecks Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Elevatorfrage, daß die Frage eine brennende und dabei eine sehr schwerwiegende sei. Es würden wohl viele Jahre vergehen, ehe dem Hause wieder eine Frage zur Entscheidung werde vorgelegt werden, die ebenso wichtig sei, wie diese. Deswegen sei es geraten, die Sache von allen Seiten zu erörtern und zu untersuchen und langsam und vorsichtig vorzugehen.

T. H. Garry, lib. (Yorkton) erklärte sich mit der Resolution einverstanden.

F. W. G. Haultain sagte, er sei voll mit der Resolution einverstanden und er hoffe, daß das Haus sich einmütig für dieselbe erklären werde, denn Einmütigkeit sei in einer so schwerwiegenden Frage durchaus von Nöten. Zudem gefalle der Wortlaut der Resolution nicht recht, denn es fehle an Klarheit und Deutlichkeit. Er sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein Regierungs-Elevatorensystem mit den Uebeln des gegenwärtigen Systems aufräumen werde. Er hätte sehr gewünscht, wenn die Resolution das Wort „Regierungs-Elevatoren" enthielte. Er hoffe, daß die Regierung nicht zaghaft vorgehen werde. Uebel seien vorhanden und es sei in der Macht der Regierung, diese zu beseitigen. Ihre Pflicht sei es, das zu tun. Er glaube, es sei garnicht so schwer, wie die Sache aussehe und gemacht werde. Wenn die Regierung erkläre, sie sei bereit, eine Anzahl Elevatoren zu bauen, um die Uebelstände abzuschaffen, so würde die bloße Ankündigung schon den Elevatorleuten einen heilsamen Schrecken einjagen. Er erwarte, daß die Regierung sich klar und unmißverständlich aussprechen werde.

Geo. Langley (Redberry) sagte, er habe am Nachmittag des längeren über die End-Elevatoren gesprochen. Alle seien wohl darin einig — alle Farmer jedenfalls —, daß das einzige Mittel zur Beseitigung der Uebel in Verbindung mit den End-Elevatoren die Uebernahme derselben und Verwaltung von seiten der canadischen Regierung sei. Eine ganz andere Frage aber werde angeschnitten mit den Inland-Elevatoren. Und hier bestehe selbst unter den Farmern ein bedeutender Meinungs-Unterschied. Aber er hoffe, daß die Regierung mutig ihre Pflicht den Farmern gegenüber tun werde, indem sie die eingebrachte Resolution annehme und danach handele. Er wünsche sehr, daß die Regierung noch lange am Ruder bleibe. Sie könnte das aber nicht, wenn sie wetterwendisch in dieser für die Getreidebauern so wichtigen Frage sei. Sie dürfe nicht hin- und herschwanken wie ein Rohr im Winde, sondern müsse den gerechten Wünschen der Farmer nachkommen, sonst brauche sie sich nicht der Illusion hinzugeben, daß sie noch einmal wiedergewählt werde. Was mit den Inland-Elevatoren geschehen sollte, sei dasselbe, wie das, was man für die End-Elevatoren vorgeschlagen. Man müsse endlich mal den Parasiten, die sich von dem Schweiße des Farmers mästen, das Handwerk legen. Die Regierung solle ernstlich und sofort vorgehen.

Der Landwirtschafts-Minister Motherwell sagte, der einzig richtige Kurs, den die Regierung nehmen könne, sei der, eine Untersuchungs-Kommission zu ernennen. Diese Kommission habe die Klagen der Farmer zu untersuchen und Vorschläge zur Abhilfe zu machen. Viele der früheren Klagen seien schon verstummt und es sei möglich, daß auch andere bald nicht mehr vernommen werden würden. Aber man könne eine so schwerwiegende Frage nur Schritt für Schritt lösen.

F. C. Tate, konf. (Regina County) sagte, es sei freilich wahr, daß die Mittelmänner heute nicht mehr so offenkundig die Farmer beschwindelten wie früher. Das habe seinen guten Grund. Die Elevatorleute seien sich dessen bewußt, daß große Aenderungen zu ihren Ungunsten bevorständen und darum täten sie jetzt alles, was sie nur könnten, um das Volk einigermaßen zu befriedigen. Sie merkten, das Volk lasse sich die bisherige Behandlungsweise nicht mehr gefallen. Aber das Volk verlange von der Regierung, daß sie offen ihren Standpunkt darlege und daß sie die Resolution verwirklichen werde, wenn sich zeigen sollte, daß die Farmer noch Grund zu Klagen hätten. Was das Volk verlange, sei Hilfe von seiten der Regierenden, und die Farmer seien gewiß willig, einen Teil der Kosten zu tragen. Es seien gewiß Meinungsverschiedenheiten vorhanden, wie den schlechten Zuständen abzuhelfen sei. Aber er habe an der Diskussion gemerkt, daß heute mehr Einmütigkeit betreffs dieser Frage bestehe wie vor einem Jahr und darum hoffe er, die Frage würde zur Zufriedenheit des Volkes gelöst werden.

Premierminister Scott.

Der Premierminister sagte, er habe absichtlich so lange mit seiner Erklärung gewartet, um erst auszufinden, wie das Haus im allgemeinen über die Resolution denke. Es sei keine Frage, daß die Sache eine wichtige und schwerwiegende sei. Er freue sich, daß sowohl die Regierungsseite wie auch die Opposition sich ziemlich einmütig ausgesprochen hätten. Wenn aber Haultain sagte, er sei dafür, daß die Regierung entschiedener hätte vorgehen sollen, so ginge er selbst weiter wie die Getreidebauer selbst. Diese hätten hauptsächlich nur um eine Untersuchungskommission ersucht. Und es sei wohl keine Frage, daß die Regierung vorsichtig zu Werke gehen müsse. Man dürfe keinen falschen Schritt tun, den man schwer ungeschehen machen könnte. Was die Klagen über Beraubung der Farmer anbetreffe, so sei er sicher, daß manches in den letzten Jahren besser geworden sei. Selbst bei den organisierten Farmern seien große Meinungsverschiedenheiten vorhanden und er könne die Regierung nicht von vornherein binden, daß diese die Elevatoren übernehmen und betreiben würde, ohne ein Monopol aus dem Getreidehandel machen zu können. Könnten sie letzteres, so würde er keinen Augenblick zögern, die Elevatoren zu übernehmen. Aber er wolle in seinem und der Regierung Namen erklären, daß er bereit sei, die Resolution zu verwirklichen, wenn sie von dem Hause angenommen werden würde. Die Regierung werde alles in ihren Kräften liegende tun, die Klagen der Getreidebauer dieses Landes verstummen zu machen. Was die Kommission anbetreffe, so wäre es natürlich unmöglich, daß diese noch in der gegenwärtigen Sitzung einen Bericht einbringen werde. Auch könne eine Empfehlung der Kommission nicht verwirklicht werden, ehe sie dem Hause vorgelegt und von diesem angenommen worden wäre.

„Ich wiederhole es", sagte der Premier zum Schluß, „daß wir, so weit es vernünftigerweise getan werden kann, alles tun werden, so schnell wie möglich die Empfehlungen der Resolution zu verwirklichen. (Lauter Beifall.)

* * *

Mittwoch den 15. Dez.

Sowohl die Nachmittags- wie Abendsitzung wurde mit der

Budget-Debatte

ausgefüllt. Minister Calder sagte, er wolle einen Finanzüberblick in drei Perioden geben. Die erste Periode endigt am 28. Februar 1909, dann komme das laufende Jahr und schließlich das kommende Fiskaljahr.

Zur Zeit der Einbringung des letzten Budgets sei das Fiskaljahr noch nicht zu Ende gewesen. Die Zahlen für zwei Monate seien nur Voranschläge gewesen. Die Rechnungen für letztes Jahr seien jetzt zusammengestellt und gedruckt und könne er sich ziemlich kurz fassen. Die Gesamteinnahmen waren $2,528,624.69 und die Gesamtausgaben $2,587,246.46. Also ein Defizit von $58,621.77, während er, ehe das Fiskaljahr geschlossen war, auf einen Ueberschuß von $21,229.19 gerechnet habe. Es entstehe die Frage, wie dieser große Unterschied entstanden sei. Das Jahr 1908 sei ein außergewöhnliches Jahr gewesen in Rücksicht auf Ausgaben. Sie hätten zwei Legislatur-Sessionen gehabt mit einer Extra-Ausgabe von 50,000 Dollars, die Kosten der Feststellung der Wählerlisten betrugen 77,000 Dollars und die Wahlkosten waren 68,000 Dollars. Dazu kamen noch 128,000 Dollars Schaden in Verbindung mit der Regierungs-Hageloversicherung. Alles in allem 323,000 Dollars Extra-Ausgaben. Auch hätte die Regierung bedeutend mehr Gelder für öffentliche Verbesserungen ausgegeben, als ihr zur Verfügung standen. Manche Einnahmequellen hätten nicht so viel gebracht, wie er veranschlagt hätte. Er hätte auf 50,000 Dollars Eisenbahnsteuern gerechnet, die nicht eingelaufen seien. Man hoffe, daß diese Steuern dies Jahr einlaufen würden und man ungefähr 120,000 Dollars aus dieser Quelle bekommen werde. Vorschüsse an das Departement der Landwirtschaft seien nicht früh genug zurückgezahlt worden. Wenn diese Gelder, wie veranschlagt, eingelaufen und nicht so viel außergewöhnliche Ausgaben gewesen wären, so hätte das letzte Jahr mindestens mit einem Ueberschuß von 120,000 Dollars abgeschlossen.

Das laufende Jahr.

Was das laufende Jahr anbetreffe, so hätte er schon einen Finanzbericht eingebracht, der die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben für 8 Monate und die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben für 4 Monate zeige. Die Gesamteinnahmen (bereits eingelaufen und veranschlagt) beliefen sich nach dem Bericht auf $2,355,679.09, und die vom Haus bewilligten Ausgaben beliefen sich auf 2,271,621.34 Dollars. Die tatsächlichen Ausgaben bis zum 1. November beliefen sich auf $1,326,000, sodaß noch über 800,000 Dollars da wären. Er glaube, es würden mindestens 26,000 Dollars als voller Ueberschuß da sein. Alles bewilligte Geld brauche ja nicht ausgegeben zu werden und wenn man bedenke, daß die vorveranschlagten Einnahmen bedeutend höher wären, wie die Ausgaben, so könne man sicher auf einen Ueberschuß von 110,000 Dollars hoffen.

Was das kommende Jahr anbetreffe, so beliefen sich die veranschlagten Einnahmen auf $2,454,600.00 und die Ausgaben auf 2,412,445.17. Das bedeute einen Ueberschuß von $12,144.

Kapital-Auslagen.

Nachdem er so die laufenden Einnahmen und Ausgaben behandelt, wandte er sich den Ausgaben auf Kapital-Rechnung zu. Die Regierung habe den Standpunkt eingenommen, daß die permanenten Verbesserungen, Gebäude, größere Brücken u. s. w. nicht aus den laufenden Einnahmen bestritten werden sollten. Vor 1907 habe man keine Gelder auf Sicherheit der Provinz geliehen. Man hätte erst Ueberschüsse gehabt und auch seien die Beträge zu klein gewesen. Seit der Zeit habe man auf Schuldscheine der Provinz Anleihen in London aufgenommen.

Was das Regierungs-Telephon-System anbetreffe, beliefen sich die dadurch der Provinz aufgelegten Schulden auf 900,000 Dollars. Für Brücken und Gebäude seien folgende Beträge eingenommen (Zuschuß von der Dominion-Regierung und geliehen auf Schuldscheine) $2,600,635.19. Ausgegeben seien davon im Jahre 1906—7 für Gebäude $153,222, für Brücken 881,858; im Jahr 1907 bis 1908 für Gebäude $147,777 und für Brücken $179,843; im Jahr 1908 bis 1909 für Gebäude $752,004 und für Brücken $401,189. Eine Vorschußsumme aus dem allgemeinen Einkommenfonds im Betrage von 328,326 Dollars sei zurückgezahlt, so daß am Ende des Fiskaljahres ein Guthaben von 556,113 Dollars vorhanden war. Für das laufende Jahr wurden von Ottawa Zuschüsse im Betrag von 893,750 bezahlt. Für Gebäude wurden im Jahr $100,686 ausgegeben und für Brücken $134,050. Es seien am 1. Nov. noch $115,126 Guthaben vorhanden. Für die Universität seien bis jetzt 120,000 Dollars geliehen und ausgegeben worden.

Kurze Zusammenfassung.

Minister Calder zeigte, daß vom 1. Sept. 1905 bis zum 1. Nov. 1909 von der Dominion-Regierung für Gebäude einkieten $421,875. Regierungs-Anleihe $1,944,183. Zweite Anleihe $400,420. Schatzamtsnoten für das Telephon-Departement 958,002 Dollars. Gesamteinnahmen $3,724,480. Während derselben Zeit wurden die folgenden Ausgaben gemacht: Für öffentliche Gebäude $1,153,690, für Stahlbrücken $797,241, für permanente öffentliche Verbesserungen $400,000, für Telephonkauf und -Konstruktion $907,646, Anleihe für die Universität $120,000. Gesamt-Ausgaben für die vier letzten Jahre $3,678,578. Das ergiebt ein Guthaben am 1. Nov. 1909 von $45,902. Die vorveranschlagten weiteren Ausgaben seien für öffentliche Gebäude $1,355,000, für Brücken $147,000, für Telephone $660,000, für permanente Verbesserungen 100,000 Dollars, eine Gesamtsumme von $2,262,000. Für das kommende Jahr seien die veranschlagten Ausgaben für Gebäude und Brücken $1,600,000. Es sei eine Telephon-Rechnung von $978,000 vorhanden.

Während der letzten 4 Jahre habe die Regierung alle nötigen Ausgaben für die Administration der Provinz aus den allgemeinen Ausgaben bestritten und erwarte noch einen Ueberschuß von 110,000 Dollars. Was die Zuschüsse der Dominion-Regierung anbetreffe, so würden diese noch zunehmen, d. h. die Zuschüsse für Bevölkerung. Fast alle Einnahmen hätten zugenommen, er führe nur an: Schanklizenzen von 56,000 in 1906 auf 98,000 Dollars, Korporations-steuern von 28,000 bis zu 49,000 Dollars.

Zum Schluß sagte der Minister, er hoffe, sein Finanzbericht sei klar und deutlich und werde man hoffentlich nicht wie letztes Jahr sagen, der Finanzstand der Provinz sei unklar.

Haultain's Kritik.

Herr Haultain sagte in seiner Kritik der Ausführungen des Finanzministers, daß er mit seiner Rechnung nicht recht zufrieden sei. Er wolle daran erinnern, daß man in den ersten Jahren einige 300,000 Dollars Ueberschuß der allgemeinen Einnahmen auf Kapitalrechnung ausgegeben habe. Niemand habe damals davon gesprochen, daß das Geld zurückbezahlt werden müsse. Als dem Finanzminister aber der Schuh zu drücken begann, wäre er plötzlich auf diese Gelder zurückgekommen und man hätte sie zurückverlangt. Im ersten Jahre hatte man einen Ueberschuß von 500,000 Dollars, im folgenden einen solchen von 482,000 Dollars. Das folgende Finanzjahr aber hätte mit einem Defizit von 327,000 Dollars abgeschlossen. Und die Folge? Die Herren hätten gesagt, wir müssen dies Geld leihen. Wir müssen dies Geld, das wir vor einigen Jahren für öffentliche Arbeiten ausgaben, auf Kapital-Rechnung setzen. Wir lassen es als Einnahmen gehen und zahlen es ins Schatzamt zurück, dann verdecken wir das Defizit vollkommen. Dies Geld wäre dann im Jahre 1908 für laufende Ausgaben verwendet worden. Er könne eine solche Buchführung keine ehrliche nennen. Es sei ein Versuch, einen Ueberschuß herauszubringen, wo keiner vorhanden sei.

Er glaube durchaus nicht, daß die Einnahmen der Provinz so zunehmen würden, als vom Finanzminister angekündigt. Wenn die Temperenz-Bewegung solche Fortschritte machen würde, wie es den Anschein habe, so würden die Schanklizenz-Gelder wohl eher ab- als zunehmen. Was die Bahnen anbetreffe, so würden die von der Regierung unterstützten doch keine Steuern bezahlen. Sie seien ja von Besteuerung befreit. Was die Ergänzungs-Einkommensteuern anbetreffe, so seien sie noch in keinem Jahre voll kollektiert worden und würden es auch wohl in Zukunft nicht. Es sei eigentümlich, daß der Finanzbericht die Saatgetreideschulden nicht erwähne. Dieses Getreide sei der Provinz von der Dominion-Regierung vorgestreckt und wenn die Provinz es nicht alles zurückzahlen könne, so würde die Ottawa-Regierung die Subsidien um den Betrag beschneiden.

Um die vergrößerten Ausgaben der Provinz aufzubringen, hofften die Regierungsherren, so sagte Redner, auf eine Vergrößerung der lokalen Einnahmen. Er hoffe, daß das geschehen würde, aber glauben könne er es nicht. Die Subsidien von Ottawa seien einfach viel zu klein, und man könne die Ausgaben, die damit gedeckt werden sollen, nicht damit decken. Die Zuschüsse von Ottawa nehmen in gewisser Richtung zu, in anderer nähmen sie ab und es würde nicht besser werden, wenn die westlichen Provinzen nicht zusammengingen und ihre Forderungen in Ottawa geltend machen würden. Er glaube, es würde nicht lange Jahre nehmen, bis die Provinzen zu einem solchen Schritt gezwungen werden würden. Die Subsidien von Ottawa würden gegenwärtig auf der Basis von 337,000 Bewohnern berechnet. Die Regierung verausgabe aber allein aus laufenden Einnahmen 7 Dollars pro Kopf der Bevölkerung pro Jahr. Von diesem Betrag würden ungefähr $3.70 aus den Dominion-Regierungs-Zuschüssen aufgebracht, der Rest von dem Volk der Provinz. Wenn die Bevölkerung 1,200,000 Seelen stark sein werde, würden sie von Ottawa $2,700,000 jährlich bekommen oder nur etwas mehr als 2 Dollars pro Kopf. Wenn die Bevölkerung die 2 Millionenzahl erreicht haben würde, würden sie nur noch 1 Dollar pro Kopf der Bevölkerung von Ottawa erhalten. Und so würden die Zuschüsse in absolutem Sinne steigen, aber in relativem Sinne immer mehr fallen. Woraus solle man dann die laufenden Ausgaben bezahlen? Er wolle nicht sagen, daß man immerfort so große laufende Ausgaben zu machen brauche, das sei nicht nötig. Diese seien schon jetzt viel zu hoch. Aber man werde die Ausgaben, auch wenig sie bedeutend herabgesetzt würden, lange nicht decken können. Das einzige Rettungsmittel werde direkte Besteuerung sein. Zu diesem Mittel habe man jetzt ja schon seine Zuflucht genommen. Man besteuere jetzt schon fast alles, was nur besteuert werden könne und er glaube, die Zeit werde bald kommen, wo man nichts mehr zu besteuern haben werde. Wo würden dann die Gelder herkommen? Wie viel besser wäre heute die Provinz ab, wenn sie ihre natürlichen Hilfsquellen behalten hätte.